

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarheit Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Janowitz, 5909, Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 168 B

BERLIN • Mittwoch, den 20. Juli 1932

1. JAHRGANG

Altona — das Stichwort für die Kommunistenhetze.

Auch gegen die Eiserne Front beginnt das Kesselreiben. / Seite 3.

Das Genfer Finale.

Der Abschlußentwurf.

S. H. Die Schlußkonferenz in Genf wird zur Zeit von den Vertretern Amerikas, Englands und Frankreichs vorbereitet. Der tschechische Außenminister Benesch ist zu den Besprechungen hinzugezogen worden, weil er das von diesen drei Mächten zu vereinbarende Schlußprotokoll nachher ausfertigen und der Abrüstungskonferenz vorlegen soll.

Das Protokoll wird diejenigen Punkte aufzählen, in denen sich bisher eine allgemeine Einigung hat erzielen lassen. Es heißt, die Abrüstungsdelegierten seien sich einig:

1. über die Begrenzung der Tonnage der Tanks,
2. über das Verbot der Gas-, chemischen und Brandwaffen,
3. über die Einsetzung eines Kontrollausschusses, der die Einhaltung der Abrüstungsabkommen bewachen wird.

Das Rüstungsfeierjahr soll auf vier Monate verlängert werden. Es soll ein Ausschuß eingesetzt werden für die Frage der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels.

Keine Einigung ist über folgende Fragen erreicht worden:

1. über das Verbot der Bombenflugzeuge,
2. über die Herabsetzung der Truppenbestände (betrifft den Hoover'schen Vorschlag),
3. über die Flottenfrage.

Der Wiederzusammentritt der Konferenz ist nur insofern geregelt worden, als er innerhalb vier Monaten nach dem Zusammentreten des Präsidiums stattfinden soll. Das Präsidium wird frühestens im September einberufen werden.

Das Recht zum Weiterrüsten.

Wenn in den Kommentaren der Presse behauptet wird, daß dieses vorgesehene Abschlußprotokoll keinen einzigen materiellen Beschluß auf Herabsetzung der Rüstungen enthält, so läßt sich sagen, daß dieses Urteil viel zu günstig ist.

Der Entwurf enthält überhaupt keine Beschlüsse, sondern nur die Feststellung der Tatsache, daß man sich über eine Reihe von Punkten einig ist. Der einzige Beschluß, der wirklich vorliegt, ist der, daß man ohne Beschlüsse auseinander gehen will.

Die Delegierten werden nach Hause fahren können mit einer Abschrift des Protokolls in der Tasche und mit dem Recht, ihren Kriegsministern und Heereslieferanten mitzuteilen, daß einwärtigen Tanks von beliebiger Größe weiter gebaut und alle Arten chemischer Waffen fabriziert werden können.

Die Schonfrist, die zwischen Einigung und Beschluß von dem listigen Völkerbund eingesetzt worden ist, ist vorläufig praktisch unbegrenzt, sodaß inzwischen Aufrüstungen und Kriegserklärungen beliebig stattfinden können. Sich über dieses Endergebnis das Geringste vorzumachen, wäre ein Verbrechen.

Nicht der Friede, sondern der Krieg, ist nach wie vor in Vorbereitung.

Der Völkerbund der Gentlemen.

Das zweite Ergebnis der jetzigen Beratungen ist die Tatsache, daß der Völkerbund deutlicher denn je ein Völkerbund von Frankreich, Englands und Amerikas Gnaden ist.

Wenn erwiesen wäre, daß die anderen Vertreter des Völkerbundes den Bestrebungen der Abrüstung dauernd ernsthafte Schwierigkeiten entgegenzusetzen würden, während drei größere Mächte den Willen zum Frieden mit Kraft vertreten, so wäre im Interesse des Friedens nichts dagegen zu sagen, wenn diese drei ihre überlegene Machtstellung zu Gunsten der Abrüstung endlich in die Wagschale werfen würden.

Wir haben nichts dagegen, ja wir fordern es sogar, daß das Recht mit Macht durchgesetzt wird, und nicht dem Zufallsresultat von irgendwelchen Majoritätsbeschlüssen oder dem dreißigjährigen Krieg von Debatten ausgeliefert wird. Aber das Kollegium, das hier zusammengesetzt ist, verdient dieses Vertrauen nicht, obwohl die Vorschläge, die z. B. von Frankreich (Einrichtung einer internationalen Polizei) und von Amerika (Herabsetzung der Heeresstärke um ein Drittel) gemacht wurden, durchaus beachtenswert sind. Sie verdienen

Hk. Ein Kommunist und eine Frau, beide aus Altona, sind am Montag an ihren Verletzungen vom Sonntag gestorben. Damit

erhöht sich die Zahl der Toten des Altonaer Sonntags auf vierzehn.

Einige Verletzte sind noch in Lebensgefahr.

Es steht bereits jetzt fest, daß weitaus die meisten Toten nicht dem Zuge der demonstrierenden Nazis entstammen. Der amtliche Bericht, der am Montag herauskam, als noch die Zahl der Toten zwölf betrug, enthält den Satz:

„Unter den Toten befinden sich drei Angehörige der NSDAP, während es sich bei den übrigen Opfern um Zivilisten handelt. Unter ihnen befinden sich auch drei Frauen.“

Von den neun Toten, deren Namen die „Rote Fahne“ am Dienstag mitteilt, sind fünf in den Häusern getötet worden, darunter drei Frauen und ein Reichsbannermann. Zwei Arbeiter, darunter ein SP-Mann, sind auf der Straße getötet worden. Die beiden übrigen sind Nazis — und zwar einer, bei dem man mehrere Pfund Blei, über ein Dutzend scharfe Patronen und einen Totschläger fand, und eine Frau.

Diese Totenliste stimmt nicht mit den Anschuldigungen gegen die Kommunisten überein: es handele sich um einen großangelegten Feuerüberfall auf die NS-Demonstranten.

Es ist doch klar, daß ein Schießen aus dem Hinterhalt, von Dächern und Kellern, auf nicht angesammelte Straßendemonstranten größere Chancen tödlicher Erfolge bietet, als das Schießen von der Straße in die Fenster. Wenn trotz dieser ungleichen Chancen bedeutend mehr Menschen in ihren Häusern erschossen worden sind, als in dem demonstrierenden Zuge, so zeigt das, daß die Schüsse, die aus den Häusern auf die Straße gefallen sind, wenig ins Gewicht fallen können gegenüber dem Feuer, das SA und Polizei gegen die Häuser gerichtet haben.

Zur Kennzeichnung der gegen die Kommunisten erhobenen Beschuldigungen dient noch eine andere Tatsache, die der sozialdemokratische Polizeipräsident von Altona, Eggerstedt, in einer Pressebesprechung mitgeteilt hat:

Im Altonaer Polizeipräsidium sei eine antifaschistische Delegation vorstellig geworden mit der Forderung, den NS-Demonstrationszug durch die Arbeiterstraßen zu verbieten, „sonst würde der Tag nicht ruhig verlaufen.“

Dieses disziplinierte Vorgehen der kommunistischen Genossen wurde von der Polizei nicht unterstützt. Eggerstedt berichtet:

„In zweimaligen Besprechungen mit den Nationalsozialisten auf dem Altonaer Polizeipräsidium war von der Polizei der Wunsch (!) ausgesprochen worden, daß der SA-Zug möglichst (!) die Ortsteile vermeide, die von politisch Andersdenkenden stark durchsetzt seien. Die Nationalsozialisten hätten jedoch Wert darauf gelegt, in allen Stadtteilen zu demonstrieren, da sie gleichzeitig versprochen (!) hätten, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, sei der Umzug mit der beabsichtigten Marschrichtung genehmigt worden.“

Durch diese Nachgiebigkeit hat der Polizeipräsident die Verantwortung für das Blutbad übernommen.

Zu seinem Nachgeben gegenüber den NS kommen die ungerechtfertigten und außerdem alle proletarische Solidarität verletzenden Beschuldigungen Eggerstedts gegen die Kommunisten, die doch mit ihrem Antrag bewiesen hatten, das sie bereit waren, eine Schießerei zu vermeiden. Eggerstedt teilt der Presse mit, nach seiner Ansicht handele es sich um einen „wohlvorbereiteten Ueberfall seitens der Anti-

faschistischen Aktion“. Wie begründet Eggerstedt so schwerwiegende Anschuldigungen? Er weist auf die Bemerkung der antifaschistischen Delegation hin: „sonst würde der Tag nicht ruhig verlaufen“; er weist darauf hin, daß nachdem der Polizeipräsident es abgelehnt hatte, den NS-Umzug durch die Arbeiterstraßen zu verbieten, die „Antifaschistische Aktion“ Flugblätter verbreitet hätte: „Verteidigt das rote Altona!“, „Arbeiter, übernehmt den Straßenschutz!“

Was hätten denn die Kommunisten tun sollen? Als die Polizei die geforderte Unterstützung versagte, mußte man nach den Braunschweiger Erfahrungen damit rechnen, daß die SA in den Arbeiterstraßen Angriffe auf die Häuser herbeiführen würde. Man mußte weiter nach allen Erfahrungen damit rechnen, daß dann gegenüber den Tausenden der SA der polizeiliche Schutz der Arbeiterwohnungen „nicht ausreichen“ würde. Es blieb also nur übrig: entweder vor den Nazis zurückzuweichen und sie dadurch zu frecherem Vordringen herauszufordern, nach der Parole der Feigheit: Geht hinaus zum Baden oder geht in den äußersten Winkel eurer Wohnung, wo ihr von der Straße nicht getroffen werden könnt — auf jeden Fall aber schießt nicht! Wenn sie das nicht wollten, blieb den Altonaer Arbeitern nur übrig, sich auf Angriffe der NS gegen ihre Wohnungen und auf eine Abwehr dieser Angriffe gefaßt zu machen, und zwar, wenn dafür gegenüber der Uebermacht der SA die Kräfte der Ortsansässigen nicht ausreichten, unter Hinzuziehung auswärtiger Genossen. Das ist der Sinn der Parole: „Übernehmt den Straßenschutz!“

Es ist bisher doch noch nicht verboten, in seiner Wohnung eine angemeldete Waffe zu besitzen und sie sich bereitzulegen, wenn man mit einem Angriff auf seine Wohnung rechnen muß.

Nachdem alles soweit war, und als dann

die Nazis durch die Straßen sangen — offenbar ohne daß die Polizei deswegen den Zug aufgelöst hätte — „Die rote Front, die schlagen wir zu Brei“,

als dann die ersten Rempeln an den Türen erfolgten, verlief das Weitere zwangsläufig.

Daß ein Sozialdemokrat, nach seinem eigenen Versagen, den kommunistischen Genossen die Verantwortung zuschiebt und dadurch das Kesselreiben der Reichsregierung unterstützt, läßt sich schwer mit Worten kennzeichnen.

Die Kommunistenverfolgung anlässlich Altona vollzieht sich im Reichsmaßstab. Das zeigt folgende amtliche

Mitteilung der Reichsregierung über das Demonstrationsverbot.

„Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weit aus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite. Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechts stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.“

kein Vertrauen, weil gerade die kleineren Mächte — wenn auch nur in Ermangelung der eigenen Macht, — sehr viel energischer auf wirkliche Abrüstung gedrängt haben (z. B. auf Annahme des Hoover'schen Vorschlags) als Frankreich und England, die den Hoover-Vorschlag sofort sabotiert haben. Sie verdienen kein Vertrauen, weil sie ihre Macht in diesen Abschlußverhandlungen dazu mißbrauchten, das Aufkommen von Beschlüssen überhaupt unmöglich zu machen. Daß übrigens der amerikanische Vertreter, der Botschafter Gibson, diesen Vereinbarungen seine Zustimmung erteilt

hat, ist bisher völlig unerklärlich. Denn gerade Amerika verlangt ja bis heute Erledigung der Reparationsfrage und Abrüstung, ehe es über eine Streichung seiner Kriegsschuldenforderungen mit sich reden lassen will.

Deutschlands Anspruch.

Den Vorgängen in Genf gegenüber nimmt Deutschland noch eine Sonderstellung ein. Kein Wort in den Vereinbarungen der drei führenden Mächte verlautet bisher über den von Deutschland in Lausanne angemeldeten Anspruch auf Gleichberechtigung.

Das stillschweigende Uebergehen dieses Anspruchs, dessen Behandlung in Genf in Aussicht gestellt worden war, spricht nicht dafür, daß nur objektive Gründe zur Ausschaltung dieser Frage geführt haben. Und in der Tat: Wenn die drei verhandelnden Mächte im Ernst keine Abrüstung wollen — und ihr Entwurf spricht für diese Auffassung — dann würde die Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands nur die Zulassung einer Aufrüstung bedeuten. So etwas erstens auf einer Abrüstungskonferenz auszusprechen und das zudem noch einem Deutschland zuzuerkennen, in dem von unkontrollierbaren Elementen Privatarmeen miterhalten werden, und in dem eine Arbeits-Dienstpflicht vorbereitet wird, das von Generalen regiert wird und in dem Nationalismus und Wehrhaftigkeit zum höchsten Ideal proklamiert werden, das kommt in den Augen vor allen Dingen Frankreichs sicherlich einem Selbstmord gleich. Und es liegt in der Tat so, daß auf der Basis dieser deutschen Innenpolitik eine Aufrüstung Deutschlands die Kriegsgefahr schürt.

Wir als Sozialisten können nichts anderes fordern als die Abrüstung aller kapitalistischen Staaten und damit vor allem auch die Abrüstung Deutschlands, dessen Regierung nach ihren bisherigen Taten bewiesen hat, daß sie mit ihrer Staatsmacht der SA die Blutbahn freiligt.

Die deutsche Regierung selber weiß natürlich auch, daß die Anmeldung ihrer Forderung zur Zeit nur alle diese Fragen aufrufen würde, die wir hier erwähnt haben.

Die deutsche Rechtsprelle wird randalieren, aber der Vertreter der Rechtsregierung, Nadolny, wird — wie auch bereits gemeldet wird — klein beigeben. Deutschland wird zur Zeit die Anerkennung der Aufrüstung in Genf nicht fordern, sondern nur eine Erklärung abgeben, daß die Frage der Gleichberechtigung nach Abschluß dieser Konferenz ein Gegenstand der Verhandlung zwischen den europäischen Großmächten sein soll und daß es die weitere Teilnahme an künftigen Abrüstungskonferenzen von diesen Verhandlungen abhängig machen wird.

Die Politik der Gentleman.

Das Gentleman-Agreement hat mit diesen Vorbereitungen zum Abschluß der Genfer Konferenz eine weitere Probe seines Könnens geliefert. Abrüstungsfragen sollten nach diesem Abkommen ein Gegenstand der europäischen, Besprechungen sein. Das „Europäische“ beschränkt sich bei diesen Gentleman bisher auf Frankreich und England, und die „Besprechungen“ auf das, was die Regierungen dieser beiden Staaten wollen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Freitag, 22. Juli, 20.15 Uhr. „Handelsloshof“. Lessingplatz 5. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler.

Bremen: Montag, 25. Juli, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Bildungsvereins „Lessing“, Am Geeren 3. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler! Redner: Fritz Grob (Berlin).

Frankfurt/Main: Mittwoch, 20. Juli, 20.15 Uhr, pünktlich im Volksbildungsheim. Thema: Die Reichstagswahl und das klassenbewußte Proletariat.

Göttingen: Freitag, 22. Juli, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Die außen- und innenpolitische Lage und die Reichstagswahl am 31. Juli.

Köln-Deutz: Donnerstag, 21. Juli, 20.15 Uhr, Lokal Arenz, Siegburger Str. 60. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Magdeburg: Mittwoch, 20. Juli, 20 Uhr, im Lokal P. Bleck (früher Luchtelfeld), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Wer sabotiert die Einigung der Arbeiterschaft? Redner: Julius Philippson, Berlin, Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Der Kaiser ging — die Generale blieben.

38) THEODOR PLIVIER.
Copyright by Malik-Verlag 1932

„Was kann uns schon passieren!“
„Verrecken müssen wir so oder so!“
„Wenn schon kaputt gehen, dann gleich! Aber dann kommen noch ein paar von den andern mit!“
Die Heizer unten haben inzwischen die Feuer niedrig gehalten. Für mehr als 12 Meilen haben sie keinen Dampf gemacht. Raumschuh ist der erste unten im Kesselraum. Die andern drängen in Haufen hinter ihm her.
Der Obermaat steht, dem Trupp den Rücken zugekehrt. Er brüllt einen der untengeblichen Heizer an:
„Was fällt Ihnen ein? Sie kommen zum Rapport! Ich gebe Ihnen den direkten Befehl!“
Raumschuh hat schon eine Stange in der Hand. Er springt an seinen Kessel, reißt die Klappe auf und beginnt das Feuer herauszuholen. Er arbeitet wie gejagt; mit jedem Zug reißt er einen Haufen glühender Kohlen auf die Fliesen herunter.
„Brummschick — den Schlauch her!“
„Der Schlauch, wo ist der Schlauch?“
„Wasser her!“

Einer bringt den Schlauch. Bonczyk hält ihn in die Glut. Ein Dritter dreht das Ventil auf. Weiße Dämpfe kochen auf und quellen schnell bis unter die Decke. Die Menschen bewegen sich in den aufsteigenden Nebeln wie Schemen.
Die andern Heizer sind einen Moment lang starr.
Sie sind plötzlich von einer Meute Matrosen umgeben, die auf sie einreden. Und mitten in dem jähen Durcheinander wählt dieser Raumschuh wie ein Besessener. Daneben steht Bonczyk mit dem Schlauch wie ein grinsender Teufel. Und der aufkochende Dampf wird immer dicker.
Der Obermaat gewinnt seine Fassung wieder:
„Seid ihr denn alle wahnsinnig geworden? Raumschuh, Heizer Raumschuh!“
Der dreht die Stange um; seine Augen flackern. Der Obermaat prallt vor dem Gesicht zurück und flüchtet vor dem

Nationalistische Mehrheit in Rumänien.

Die Parlamentswahlen in Rumänien, die am Sonntag stattfanden, haben die Mehrheitsverhältnisse der Kammer grundlegend geändert. Soviel steht jetzt schon fest, wenn auch noch keine genauen Zahlen über den Ausgang der Wahl vorliegen.
Die Vorgeschichte dieser Wahl: Am 31. Mai stürzte die Regierung Jorga, die sich auf die im Juni 1931 gewählte Kammer stützte. Die Regierung scheiterte an Finanzschwierigkeiten; die Beamten hatten seit Monaten ihre Gehälter nicht mehr bekommen.

Vierzehn Tage dauerte es, bis die Regierungskrise überwunden war; das damals gebildete neue Kabinett bezeichnete sich selber nur als ein Uebergangskabinet, das durch die Ausschreibung und Durchführung von Parlamentsneuwahlen nur die Unterlagen zur Bildung einer neuen, den Finanzschwierigkeiten gewachsenen Regierung bilden sollte. Chef dieses Kabinetts ist Vajda, ein Mitglied der nationalizaranistischen Bauernpartei.

Diese Partei, die bei den Wahlen von 1931 nur knapp 16 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, hat am Sonntag über 40 Prozent der Stimmen erhalten. Auf Grund des rumänischen Wahlsystems bedeutet das für die Kammerfraktion dieser Partei einen noch weit größeren Machtzuwachs. Erhält nämlich in Rumänien die am meisten gewählte Partei mehr als 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen, so bekommt ihre Fraktion zunächst 50 Prozent der Kammerplätze. Der Rest der Kammerplätze wird dann im Verhältnis der abgegebenen Stimmen verteilt. In der vorigen Kammer hatte die Liste der „Nationalen Einheit“ diesen Vorteil errungen; sie war nur durch ein Wahlbündnis verschiedener Parteien zustande gekommen. Die stärkste der dabei beteiligten Parteien waren die Liberalen.

Man nimmt an, daß das Kabinett Vajda nun, nach der Erledigung seiner Aufgabe, zurücktreten wird, obwohl sein Führer der siegreichen Partei angehört. Aber vermutlich ist

er auch von dieser Partei nur vorgeschoben worden; wie es heißt, rechnet man damit, daß Maniu, der Führer der Nationalizaranisten, selber die Regierungsbildung übernehmen wird.
Zur Charakterisierung dieses Mannes und der von ihm geführten Partei ein paar Worte aus der Regierungserklärung, mit der er im Jahre 1928 die Führung der rumänischen Regierung übernahm: Die „seelische Unifizierung aller Bewohner des Landes“ war der erste Programmpunkt. „Die neue Regierung wird die seelische Vereinigung aller Gebiete anstreben und auch erreichen.“ Daneben Forderungen nach Unterstützung der Landwirtschaft und der nationalen Industrie. Soziale Aufgaben fanden keine Erwähnung.

In den internationalen europäischen Beziehungen spielt Rumänien während der vergangenen Wochen mit seinem Laviert zwischen Frankreich und Deutschland eine Rolle. Es ging für Rumänien um Lebensfragen; um seine Finanzen. Der Finanzminister des gestürzten Kabinetts, Gikha, hatte — entgegen einer kräftigen Gruppe von Widersachern — daran festgehalten, daß Rumänien sich weiter am französischen Geldgeber orientiere, trotz der seit den französischen Kammerwahlen erheblich gesunkenen Aussicht auf weitere französische Anleihen. Vajda erklärte, die bisherige Außenpolitik zunächst weiterzuführen zu wollen. Es bleibt abzuwarten, ob die kommende entschieden nationalistische Regierung diesen Kurs weiter steuern wird, der bei den Gegenforderungen Frankreichs dem Bedürfnis nach nationaler Selbständigkeit harte Opfer zumutet.

Das endgültige Ergebnis der Kammerwahl liegt jetzt vor: Danach erhielten
die Nationalizaranisten 277 Mandate,
die Liberalen 41 Mandate,
die Nationalsozialisten 16 Mandate,
die Ungarn 14 Mandate,
die übrigen Parteien im Durchschnitt je 5 Mandate.

Französische Regierungssorgen Der französische Haushalt ausbalanciert.

In der französischen Kammer ist am Sonnabend das Finanzprogramm der Regierung in zweiter Lesung verabschiedet worden. Die Regierung ist ermächtigt worden, Schatzanweisungen in Höhe von 2 Milliarden Francs auszugeben, um den Fehlbetrag im Haushalt zu decken. Ferner hat die Kammer mit 381 gegen 30 Stimmen den Gesetzentwurf zur Erhöhung der bisherigen Höchstgrenze von Schatzanweisungen von 5 auf 7 Milliarden angenommen. Die Sozialisten hatten auf eine außenpolitische Debatte verzichtet, die von neuem einen Keil zwischen sie und die Regierung getrieben hätte. Man spricht sogar von einer neuen Annäherung zwischen Herriot und der Linken. Die Abstimmung über das Finanzprogramm fand die Sozialisten auf Seiten der Regierung. Sie hatten Herriot den Wink gegeben, die Verantwortung für das Budgetdefizit, das Herriot statt durch eine finanzielle Sanierung durch Ausgabe von Schatzscheinen decken auf die Unfähigkeit der früheren Regierung abzuschreiben, was Herriot denn auch bereitwillig tat. Die Hoffnung, dadurch die Rechte von Herriot zu entfernen, ist freilich nicht geglückt. Trotz der Vorwürfe stimmte auch sie für Herriots Finanzausgleich. Herriot sitzt also sehr fest im Sattel.

Die Regierung trägt sich mit der Absicht, Ende September oder Anfang Oktober die Kammer zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, um ihr einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, der eine weitgehende Konvertierung der Renten nach englischem Muster vorsieht. Bei der gleichen Gelegenheit soll die Kammer die Regierung ermächtigen, noch einmal für 3 Milliarden Francs Schatzanweisungen auszugeben, um dadurch die Rentenkonvertierung zu erleichtern.

Auf einer sozialistischen Kundgebung hat Léon Blum, der Führer der SPF am Sonntag über die Politik Herriots gesprochen.

Er betonte, daß seine Partei bei der letzten Abstimmung in der Kammer eine fruchtbringende Wirkung auf die Re-

gierung ausgeübt habe. Aber eine neue Gefahr für die gemeinsame Arbeit drohe. Wenn Herriot sich in Genf nicht auf den Boden des Hoover-Vorschlags stelle, so würden die Sozialisten sich gezwungen sehen, ihre eigene Wählerschaft anzurufen und alle Anhänger des Radikalismus, die mit den Sozialisten den Willen zur Abrüstung teilten.

Zentrum und Staatspartei verbünden sich für die thüringische Landtagswahl.

Für die am 31. Juli erfolgenden Wahlen zum thüringischen Landtag werden Zentrum und Staatspartei ein Wahlbündnis eingehen. Sie werden in den vier thüringischen Wahlkreisen gemeinsame Listen aufstellen, die einer gemeinsamen Landesliste angeschlossen sind. Wie die beiden Parteien erklären, soll dadurch in keiner Weise ihre politische und weltanschauliche Selbständigkeit verletzt werden.

Diesen einfachen, selbstverständlichen Schritt der Vereinigung der Wahlkreise und der Vergrößerung der Schlagkraft beider Parteien muß nun wirklich das Bürgertum der Arbeiterschaft vormachen. Freilich kommen sich KP und SP im Reich wohl noch nicht so gefährdet vor wie Zentrum und Staatspartei in Thüringen. Aber es ist traurig, mitanzusehen zu müssen, wie erst der Karren proletarischer Politik vielleicht völlig in den Dreck gefahren werden muß, bevor die Leute, die ihn dirigieren könnten, zur Einsicht kommen.

Ein Nazi-Hetzblatt.

Das nationalsozialistische „Frankfurter Volksblatt“ hatte sich wegen des zehntägigen Verbots dieser Zeitung durch den zuständigen Oberpräsidenten beim Reichsgericht beschwert. Das Reichsgericht hat diese Beschwerde verworfen und also das Verbot bestätigt.

Es ist im Jahre 1932 bereits das vierte Mal, daß das „Frankfurter Volksblatt“ verboten worden und daß das Verbot durch das Reichsgericht bestätigt worden ist.
Also gewiß eine üble Marke!

rotglühenden Eisen. Raumschuh immer hinter ihm her. Und nur der Umstand, daß der Heizer Holzpantinen und der Obermaat Stiefel trägt und daß zufällig die Schotttüren durch alle Heizräume offen stehen, rettet den Obermaat davor, niedergeschlagen zu werden.

Die andern kommen hinter den beiden hergelaufen. Heizraum II, III, IV werden in das Durcheinander mit hineingerissen. Ein Vorstoß, das ist jetzt ganz klar! Darüber braucht kein Wort mehr gesprochen zu werden!

Die Zögernden werden angeeifert:
„Der ‚König Albert‘ macht nicht mehr mit!“
„Der ‚Markgraf‘ hat auch die Feuer gelöscht!“
„Raus die Feuer, was nachher kommt, das werden wir schon sehen!“
„Lieber ein Ende mit Schrecken, als Schrecken ohne Ende!“

Feuerklappe nach Feuerklappe wird aufgerissen. Die Heizer der Wache und die von der Freiwache, die zusammen mit den Matrosen von oben eingedrungen sind, alle arbeiten wie von plötzlichem Massenwahnsinn befallen daran, das Schiff lahmzulegen. Und während dieser Aktion wird kaum gesprochen.

Ein paar Sätze nur, irgendwo im Nebel:
„Für keine Meile Dampf mehr!“
„Aber wenn der Engländer kommt?“
„Das ist ganz was anderes!“
„Dann wird Dampf gemacht!“
„Dann stehen wir wie ein Mann!“

Der Obermaat, der in der Maschinenzentrale Meldung gemacht hat, kommt zurück. Hinter ihm her der Wachmeister, der Stabsingenieur, ein Seeoffizier, Deckoffiziere, Pistolen in den Händen.

„Kerls, seid ihr denn wahnsinnig?“
„Wißt ihr auch, was ihr tut?“
„Das ist Meuterei vor dem Feind!“

Lautes Joblen ist die Antwort! Jemand hat die Lichtkabel durchgeschnitten. Die Heizräume verwandeln sich in ein Chaos. Feuerstürze! Wild aufquellender Wasserdampf! Wände und Decken und der Boden unter den Füßen sind nicht mehr zu sehen. Es gibt nicht mehr unten und oben — ein Gasball, der in wilden Kreisen zu rotieren scheint: und

mitten drin dunkle Knäuel miteinander ringender Leiber und wie rote Flecken die offenen Feuerschläuche.

Die Alarmglocke schrillt:
„Klar Schiff zum Gefecht!“
„Tut eure Pflicht!“
„Klar Schiff!“
„Darauf fallen wir nicht mehr rein!“
„Schwindler!“
„Selbstmörder!“
„Haut ihn, haut ihn!“
Faustschläge! Fußtritte! Die Feuerlöschschläuche werden auf die eindringenden Vorgesetzten gehalten. Der Ingenieur, der seine Pistole gezogen hat, fliegt auf den Hintern, wischt über die Fliesen hin und verschwindet. Die Offiziere flüchten. Hinter ihnen her fliegen Kohlostücke und Kesselsteine.
Der letzte Kessel fällt aus. Auch für SMS „Großer Kurfürst“ ist der Krieg vorbei.

Funksprüche vom Flottenflaggschiff:
„Vorhaben ist unbedingt auszuführen!“
„Vorhaben ist nicht auszuführen!“ antwortet der Kommandant.

„Vorhaben ist nicht auszuführen!“ antworten die Chefs der einzelnen Geschwader.

Am nächsten Tag: Führersitzung auf dem Flottenflaggschiff „Baden“.

Das Flottenkommando hat die Geschwaderchefs versammelt und läßt sich über die Vorkommnisse der letzten Nacht berichten.

Eine unübersehbare Menge schwerster Delikte: Zusammenrottungen der Mannschaften! Versammlungen, in denen geplant wurde, das Inseegehen der Flotte zu verhindern! Die Matrosen verweigern das Ankerhieven! Die Heizer halten die Feuer so niedrig, daß die Schiffe nicht fahren können, oder sie löschen die Feuer ganz! Bedrohungen und Tätlichkeiten gegen Vorgesetzte! Teile der Mannschaften bewaffnen sich mit Gewehren, andere besetzen die Geschütze! Aber es wird festgestellt, daß eine einheitliche Führung der Bewegung zu fehlen scheint. Die Mannschaften widersetzen sich nur dem Inseegehen der Schiffe. Nachdem es ihnen gelungen ist, den Vorstoß zu verhindern, haben sie ihren Dienst wieder aufgenommen. (Fortsetzung folgt.)

„Vergeßt den Dolch nicht!“ Erziehung in Italien — dem Vorbild des III. Reichs.

In der Zeitschrift „La Vie Ouvrière“ der kommunistischen Gewerkschaften Frankreichs vom Mai 1932 wird die Frage der Ueberwindung des Faschismus in Italien behandelt. Es heißt da:

„Unter den italienischen Arbeitern und Bauern (in Frankreich) ist die Ansicht weit verbreitet, daß der Krieg nur kommen solle; denn er würde auch das Ende des Faschismus bedeuten . . .“

Sehr mit Recht wird dann gegen diesen „Fatalismus“ Stellung genommen (der im übrigen oft von kommunistischer Seite gerade genährt wird!) und auf die Hauptchwierigkeiten hingewiesen, die im Faschismus einer sozialistischen Revolution entgegenstehen: „Das Fehlen von Gewerkschaften, die Klassencharakter tragen . . .“

Ferner hat „der Faschismus jahrelang seine nationalistische Propaganda betreiben können, und es ist klar, daß seine Ideologie durch verschiedenartige Mittel tief in die breiten Massen eingedrungen ist, besonders unter den Bauern.“

In Deutschland ist der Sieg des Faschismus noch nicht vollendet. Wir stehen noch im Kampf, wir können noch das Schlimmste abwenden. In dieser Lage ist es gut, sich immer wieder deutlich zu machen, was droht, und besonders zu bedenken, wie sehr die ungehinderte ideologische Beeinflussung durch den faschistischen Staatsapparat eine Wiederaufnahme der Kämpfe der Arbeiterschaft hindert. Dazu dient ausgezeichnet eine kleine Brochüre: „Die Abrüstung und der Faschismus“, die von der „Concentrazione Antifascista Italiana“ in Paris vor kurzem herausgegeben worden ist. Diese Brochüre weist nach, daß trotz Mussolinis neuerlichem Eintreten für die Abrüstung — die nur ein taktisches Manöver ist — in Italien der ungehemmteste Nationalismus und Militarismus regieren. Stellen aus Mussolinis Reden beweisen das: „Ich würde sehr glücklich sein, wenn morgen unsere Finanzen mir erlaubten, die Zahl der Divisionen zu vermehren.“ (März 1926.) „Worte sind eine sehr schöne Sache, aber die Gewehre, die Maschinengewehre, die Schiffe, Flugzeuge und Kanonen sind etwas noch Schöneres.“ (Mai 1930.) „Die Halbinsel ist heute ein ungeheures Manöverfeld, auf dem Millionen von Männern sich schweigend üben, zu Lande, zu Meer und in der Luft, in den Schulen, in den Stadien, in den Kirchen für das große Opfer ihres Lebens, für die Erneuerung der Rasse, für die Ewigkeit der Latinität, für die große Schlacht, die morgen stattfinden wird oder niemals.“ (Oktober 1930.)

Viel überzeugender noch beweist dies die in ganz Italien durchgeführte nationalistische und militaristische Erziehung der Jugend, über der das Motto steht: „Liebet das Gewehr, betet das Maschinengewehr an, und in dieser Tonleiter der Gebote vergeßt den Dolch nicht!“ (Aus einer Rede Mussolinis an die faschistische Jugend am 21. September 1930.) Die durch ein besonderes Gesetz von 1926 geschaffenen faschistischen Kinder- und Jugendorganisationen sind der Kern dieses Rekrutendrills. Mit acht Jahren kommen die kleinen Italiener in den Verband der Balilla, mit 14 in die faschistische „Vorhut“, die Avanguardisti, mit 18 werden sie Milizleute. Die Mädchen werden gleichfalls, aber gesondert organisiert.

Einiges zur Kennzeichnung des hier großgezüchteten Ungeistes: Die Balilla und Avanguardisten müssen folgenden Schwur ablegen: „Ich schwöre, die Befehle des Duce auszuführen, ohne Einrede, und mit all meinen Kräften, wenn nötig, mit meinem Blute, der Sache des faschistischen Revolutions zu dienen.“ Das Lied der Balilla lautet:

„Für den Duce, für den geweihten Duce,
Sind wir bereit, mit dem Gewehr bereit,
Und mit der Fahne vorwärts zu marschieren,
Immer vorwärts zu marschieren, alala!“

Die „Zehn Gebote des faschistischen Milizmannes“ werden schon den Kindern eingepaukt. Davon hier nur zwei: das erste heißt: „Wisse, daß der Faschist und besonders der Milizmann nicht an den ewigen Frieden glauben darf.“ Und das achte: „Mussolini hat immer recht!“

Nach dem Bericht von Renato Ricci, dem Unterstaatssekretär für Erziehungswesen und Präsidenten der Balilla, erlangen „alle Avanguardisten völlige Vertrautheit mit dem Gewehr“. Die Vorbildung wird durch „instruktive Führung durch die Kriegswerften, Flughäfen, Waffenfabriken, Schlachtfelder u. s. w. vervollständigt.“ So ist es denn in Italien etwas Alltägliches, Kinder mit Gewehren oder gar mit Dolchen bewaffnet umherziehen zu sehen. Die Brochüre bringt erschütternde Bilder dieser kleinen Rekruten, deren Geist so vergewaltigt wird! Im Juni 1928 erhob noch Papst Pius XI. gegen diesen militärischen Drill Einspruch. Aber inzwischen hat er ja seinen Frieden mit dem Faschismus gemacht, und so kann sich nun der Militarismus in der Jugend-erziehung völlig ungehindert austoben.

Auch in der Schule — vom Kindergarten bis zur Universität — beherrscht dieser Geist das Feld. In einem offiziellen Lied der italienischen Schüler findet sich der Vers:

„In Italiens Grenzen
Sind neue Italiener,
Erneut durch Mussolini
Für den kommenden Krieg.“

Charakteristisch für den Geist der Schulbücher ist die folgende Stelle aus einem Lehrbuch für achtjährige Schulkinder, die in einer Beschreibung des „Marsches auf Rom“ steht:

„In der Nähe befand sich ein Haus, in dem kommunistische Landarbeiter wohnten. Es waren sehr böse Menschen. Sie hatten keine Lust zum Arbeiten und sagten, die Besitzer wollten sie nur ausbeuten. Dabei ist es doch so, — merkt auch das gut, liebe Kinder! — daß der Besitzer mehr arbeitet als alle, ohne daß er sich dessen rühmt.“

Wem graut nicht bei dem Gedanken an eine Verblödung der deutschen Schuljugend durch entsprechende Geistesprodukte Hitlers und seiner Anhänger?

Diese Kulturbarbarei vor Augen müssen wir unermüdlich schmeiden an der Einheitsfront, Genossen! Das italienische Beispiel zeigt uns den vollendeten Faschismus, die unterdrückte Arbeiterbewegung als *Warnung*. Es zeigt auch das Versagen der Arbeiterorganisationen in Italien als *Mahnung*! So, wie es besonders eindringlich z. B. aus Nennis Buch „Todeskampf der Freiheit“ zu uns spricht, das wir gerade heute nicht gründlich genug studieren können; oder aus Schilderungen wie der von Lania, die vor einiger Zeit im „Tagebuch“ veröffentlicht worden sind unter dem Titel — der auch für deutsche Verhältnisse so gut paßt: „Der Untergang einer Demokratie“. Lania schildert das sehr anschaulich Serrati, den sozialdemokratischen Redakteur, der — noch kurz vor Mussolinis Sieg — seine Anklagen gegen die Gewalt, seine Absage an die Revolution, und seine ironischen Glossen gegen den „Narren Mussolini“ schrieb, und der Lania gegenüber erklärte: „Auf Bajonetten kann man nicht sitzen. Mussolini ist ein übler Demagoge . . . Wir müssen abwarten . . . Am Ende werden wir siegen.“ Dann den illegal in Rom lebenden Führer der Kommunisten Bordiga, der die Entwicklung in Italien als äußerst günstig für die Revolution ansah. „Wir stehen vor der Revolution.“

... Die Massen sind des Zauderns und Lavierens Serratis müde. . . Mussolini? Ein Narr und ein Feigling! Die Massen werden bald erkennen, daß dieser „Revolutionär“ nur ein Lakai der Industrie . . . ist, und ihm davonlaufen! Als Beweis gab er Lania das „revolutionäre“ Programm Mussolinis, das dieser doch unmöglich durchführen könne! Und er schloß: „An unserem Siege ist nicht zu zweifeln!“

Schließlich den demokratischen Regierungsschef Facta, der ernstlich vorhatte, die Faschisten „zur Legalität zu ziehen“ und das auch dann noch, als es in Italien bereits so weit gekommen war, daß das Leben eines Sozialisten, Kommunisten, Republikaners, Freimaurers oder irgend wie sonst freihetlich gesonnenen Menschen verfallen war, sobald die Faschisten ihn vor ihre Pistolen bekamen.

Während alle diejenigen, die Mussolinis Sieg durch einheitlichen Kampf hätten verhindern können, gegen einander standen, — jeder in der Zuversicht, er werde siegen, und der Faschismus werde sich bald „abwirtschaften“ — ergriff dieser die Macht mit allen Mitteln, legalen wie illegalen, und hat sie bisher gehalten, ja sich die Jugend eines ganzen Volkes geistig untertan gemacht! Damit die Massen nicht merken, wie sehr sie betrogen worden sind, ist die Wiedergabe des ersten faschistischen Programms (das dem Programm Hitlers sehr ähnlich ist!) heute in Italien streng verboten.

Wir haben noch Zeit, daraus zu lernen!

Maria Hodann.

Der Vorläufer des Arbeitszuchthauses.

Der „Reichsanzeiger“, Nr. 166, enthält unter anderem den Wortlaut der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst, vom 16. Juli 1932. Die Verordnung lautet:

Artikel 1.

Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen.

Artikel 2.

1. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes müssen gemeinnützig und zugleich zusätzlich sein. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen; er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt noch auf absehbare Zeit ohne Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können.

2. Der freiwillige Arbeitsdienst dient der Gesamtheit; er darf nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden.

Artikel 3.

1. Träger der Arbeit dürfen nur Körperschaften des öffentlichen Rechts oder solche Vereinigungen oder Stiftungen sein, die nach ihrem Zwecke gemeinnützige Ziele verfolgen, ferner Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen. Unternehmungen, die auf Erwerb gerichtet sind, können nur dann Träger der Arbeit sein, wenn die Ergebnisse ausschließlich oder überwiegend der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen.

2. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit Vereinigungen oder Personen in Betracht, die für die Zusammenfassung und Betreuung von Arbeitsdienstwilligen in besonderem Maße geeignet sind.

3. Die Träger der Arbeit und die Träger des Dienstes sollen so zusammenwirken, wie der Zweck es erfordert.

Artikel 4.

Der Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst begründet kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne der gesetzlichen Vorschriften. Den Arbeitsdienstwilligen kommt jedoch die soziale Versicherung und der Arbeitsschutz zustatten, soweit die Natur der Arbeit es erfordert.

Artikel 5.

1. Zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes stellt das Reich Mittel nach Maßgabe der Haushaltsgesetze zur Verfügung. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist verpflichtet, mindestens diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie durch den freiwilligen Arbeitsdienst an Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung erspart.

2. Die Mittel des Reiches und der Reichsanstalt werden einheitlich zusammengefaßt und verwaltet.

Artikel 6.

1. Im Rahmen der nach Artikel 5 bereitgestellten Mittel können Arbeitsdienstwillige gefördert werden. Arbeitsdienst-

willige, die in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge oder als Wohlfahrtserwerbslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden, sind dabei bevorzugt zu berücksichtigen.

2. Die Förderung soll hauptsächlich Personen unter 25 Jahren zustatten kommen.

3. Unabhängig von der Förderung nach Absatz 1 können Arbeitsdienstwillige, die bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten beschäftigt werden, Gutscheine für Siedlungszwecke im Reichsschuldbuch erhalten.

Artikel 7.

1. Für die Leitung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestellt die Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers einen Reichskommissar. Dieser untersteht dem Reichsarbeitsminister.

2. Der Reichskommissar wird von Bezirkskommissaren unterstützt. Der Reichsarbeitsminister ernennt die Bezirkskommissare.

3. Für die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes werden die Einrichtungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Verfügung gestellt.

Artikel 8.

Der Reichskommissar erstattet der Reichsregierung auf Erfordern Gutachten in Fragen des Arbeitsdienstes.

Artikel 9.

Die erforderlichen Uebergangs-, Durchführungs- und Ergänzungsbestimmungen erläßt der Reichsarbeitsminister. Unberührt bleiben die Befugnisse, die ihm in der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, Viertes Teil, Kapitel I, Absatz 2 (RGBl. I, Seite 273, 283), übertragen worden sind.

Artikel 10.

1. Der Reichsarbeitsminister bestimmt den Tag, an dem diese Verordnung in Kraft tritt.

2. Mit dem gleichen Tage treten die Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes vom 23. Juli 1931 (RGBl. I, Seite 398) und die Ergänzungsverordnung vom 25. Mai 1932 (RGBl. I, Seite 251) außer Kraft.

gez. Unterschriften.

Wir haben bereits gestern ausführlich zu dieser Verordnung Stellung genommen.

Auf Grund der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli hat der Reichskanzler namens der Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, Dr. Syrup, zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Wo die Erwerbslosenmittel bleiben.

Ueber die Beziehungen zwischen Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt erfahren wir von einem Fachmann:

Die neuen Anträge auf Gewährung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung sind vom Arbeitslosen in zwei Stücken auszufüllen. Das Arbeitsamt prüft die Voraussetzungen des Unterstützungsbezugs mit Ausnahme der Hilfsbedürftigkeit nach. Ergibt diese Prüfung, daß eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt ist, so lehnt das Arbeitsamt den Antrag ab. Sind die übrigen Voraussetzungen erfüllt, und ist deshalb eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit (für den Bezug vom Beginn der siebenten Woche an) erforderlich, so ersucht das Arbeitsamt die Gemeinde um ihr Gutachten über die Hilfsbedürftigkeit. Das Ersuchen ist nach der Bewilligung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung zu stellen, jedoch so rechtzeitig, daß die Gemeinde ausreichende Zeit für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit hat und die Entscheidung des Arbeitsamts über die Weitergewährung der Alu möglichst noch vor Ablauf der sechsten Unterstützungswoche erfolgen kann. Die Entscheidung des Arbeitsamts über den Unterstützungsbezug, der von der Hilfsbedürftigkeit des Arbeitslosen abhängig ist, bleibt ausgesetzt, bis das Gutachten der Gemeinde vorliegt. Das Arbeitsamt hat dem Arbeitslosen wie bisher rechtzeitig vor der Aussteuerung aus der Versicherung Gelegenheit zu geben, den Antrag auf Krisenunterstützung zu stellen. Macht der Arbeitslose in diesem Antrag dieselben Angaben über seine Verhältnisse, die für

die Beurteilung seiner Hilfsbedürftigkeit von Wichtigkeit sind, wie in dem früheren Antrag, so genügt eine kurze Mitteilung des Arbeitsamts an die Gemeinde, daß der Arbeitslose dieselben Angaben gemacht hat. In diesem Falle kann das Arbeitsamt unterstellen, daß die Gemeinde Hilfsbedürftigkeit des Arbeitslosen in demselben Umfang wie bisher anerkennt, falls von ihr nicht binnen sechs Tagen ein gegenteiliges Gutachten abgegeben wird. Ergibt sich jedoch aus dem Antrag des Arbeitslosen eine Aenderung seiner Verhältnisse, so teilt das Arbeitsamt die geänderten Angaben der Gemeinde mit. Das Arbeitsamt hat die Entscheidung über den Antrag auszusetzen, bis das Gutachten der Gemeinde über die Hilfsbedürftigkeit eingegangen ist. Da die Kru im allgemeinen jedesmal nur für 13 Wochen bewilligt werden darf, soll eine neue Prüfung sämtlicher Voraussetzungen jeweilig nach Ablauf dieser Frist einsetzen. Die erneuten Nachprüfungen sollen sich ebenso abspielen. Ein vereinfachtes Verfahren kann zwischen der Gemeinde und dem Arbeitsamt vereinbart werden. Ueber die Ueberleitung der laufenden Fälle sind besondere Bestimmungen erlassen worden.

Der polnische Botschafter in London überreichte am Montag im Foreign Office eine Note, in der der Wunsch der polnischen Regierung ausgedrückt wird, dem englisch-französischen Vertrauensabkommen beizutreten.

Wie verlautet, ist eine gleichlautende Note in Paris überreicht worden.

Die Nazis bei Siemens.

L. W. Bei dem Ueberfall der NS auf die von der Demonstration heimkehrenden Kommunisten in Siemensstadt in der vorigen Woche hat sich nach unwidersprochenen Mitteilungen fñhrend der Betriebsrat von Siemens, Kirsch, beteiligt. Kirsch ist einer der wenigen Arbeiter von Siemens, die zur Nazi-Betriebszelle gehoren. Diese hat im ùbrigen wenig Einfluß auf die Betriebsarbeiter. Im Werner-Werk z. B. gibt es nur etwa 40 NS, die sämtlich nicht im Betriebe geworben, sondern vom Lande importiert worden sind im Laufe von anderthalb Jahren, und zwar auf Betreiben des Meisters Schicht, der selber Nazi-Hauptling ist und sehr auf Gesinnung sieht. Diese Arbeiter sind fast ausschließlich als Hof- und Transportarbeiter beschäftigt, so daß sie mit den anderen Arbeitern kaum Verbindung bekommen. Unter den Angestellten sieht es ganz anders aus. Hier wimmelt es von ehemaligen Leutnants, Feldwebeln und Unteroffizieren, die als Bürovorsteher einen Posten bekommen haben und hier nun ihre nationalsozialistische Gesinnung betätigen. Der kleine Angestellte macht das, was sein Gruppenführer tut, — auch in politischer Hinsicht, um seine Stellung zu halten!

Was sagen nun aber die Arbeiter zu solchen Elementen wie Kirsch in ihren Reihen? Schließen sie sich enger zusammen, um sich vor weiterem Eindringen solcher Mörder-Kollegen zu schützen? Die stärkste Organisation bei Siemens sind noch immer die Freien Gewerkschaften. RGO-Kollegen sind eine Seltenheit geworden. Durch wilde Streiks innerhalb des Konzerns sind verschiedene, einflußreiche RGO-Kollegen gemäßigelt worden; ihre Anhänger, die nicht mit gemäßigelt wurden, konnten den Sinn der kleinen und uneinheitlichen Streikaktion nicht einsehen und wandten sich deshalb

von der RGO ab. Das größte Hindernis aber für eine einheitliche Front der Arbeiterschaft sind die große Masse der Unorganisierten. Sie haben zum größten Teil kein Vertrauen zu den Gewerkschaften; teils standen sie ihnen von vornherein fern, teils haben sie das Vertrauen verloren. Es ist ungeheuer schwer für uns gewerkschaftliche Vertrauensleute, überhaupt an sie heranzukommen. Sicherlich hat auch der große Abbau zerstörend auf die Gewerkschaftsorganisation gewirkt: 1929 waren bei Siemens 68 000 Menschen beschäftigt, 1932 sind es noch 38 000. Deren durchschnittliche Arbeitszeit betrug 1929 7,8 Stunden pro Tag, heute 4,6 Stunden pro Tag.

Ein großer einheitlicher Protest der Siemens-Arbeiter gegen die Mordtat Kirschs ist also leider nicht zu erwarten, umso weniger, als die organisierten Arbeiter sich auch nicht einig sind. Am gleichen Tage, an dem der feige Ueberfall geschah, fand eine Versammlung der Eisernen Front für das Werner-Werk statt. Von etwa 2000 Beschäftigten waren etwa 300 erschienen. Erst kürzlich war bereits ein Ueberfall der NS auf zwei Betriebsratsmitglieder und einen Schwerbeschädigten in Siemensstadt geschehen — Anlaß genug, die praktischen Schritte zur Einheitsfront zu beraten. Aber der SP-Redner, der sich im ùbrigen von Angriffen gegen die KP freihielt, fand dazu nichts als die abgeleiteten Worte: Die Eiserner Front ist die Einheitsfront. Worauf die KP-Redner in der Diskussion ihrerseits ihre These dagegen stellten: Die antifaschistische Aktion ist die Einheitsfront — her zu uns! Es war ein lächerliches und beschämendes Schauspiel, das auch dadurch nicht wieder gut gemacht wurde, daß zum Schluß eine Resolution einstimmig angenommen wurde, die sich allgemein für die Einheitsfront erklärt, ohne die Eiserner Front zu erwähnen.

Zwei Arbeiter von Polizei erschossen.

Am Freitag hatte, wie wir berichteten, in Langenselbold (Kreis Hanau) die Polizei in eine Erwerbslosenversammlung hineingeschossen und zwei Frauen getötet.

Die Beerdigung der beiden hat wiederum zwei Arbeitern das Leben gekostet, wiederum durch Polizeischüsse. Die zur Beerdigung anwesenden auswärtigen Arbeiter hatten einen „Demonstrationszug“ gebildet. Teilnehmer dieses Zuges sollen eine Fensterscheibe eingeschlagen haben, und deswegen (!) kam es zu Zusammenstößen mit den Polizisten.

Außer den beiden Toten gab es Schwer- und Leichtverletzte. Der Bericht über die Fensterscheibe stammt nicht aus der „Roten Fahne“, sondern aus der Telegraphen-Union. Allem Anschein nach hat die Polizei bei dieser Beerdigung eine unverantwortlich lockere Hand am Revolver gehabt.

Daten eines Betrugsprozesses.

Gericht: Große Strafkammer beim Landgericht Düsseldorf.

Zahl der Angeklagten: Zwanzig.

Berufe der Angeklagten: Kaufleute, Reisende, Vertreter, Handwerker.

Technik ihres Betrugs: Die Angeklagten übernahmen Vertretungen vieler Firmen (für Stoffe, Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, Photo- und Radioapparate, Lebensmittel, Rauchwaren, Spirituosen, Bücher), schoben sich gegenseitig Aufträge zu und erhielten Provisionen, die sie unter sich verteilten. Die gelieferten Waren wurden verschleudert.

Zahl der Fälle: rund 400.

Beute: insgesamt Zehntausende von Mark.

Prozessdauer: etwa vier Wochen. Die vergangene Woche war mit dem „letzten Wort“ (stundenlangen Verteidigungsreden) der Angeklagten ausgefüllt.

Urteil: zwei Freisprüche; die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu drei Jahren; insgesamt 23 Jahre 4 Monate Gefängnis. Die höchsten Strafen erhielten Klöckner und Kähler mit je drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Thüringer Wohlfahrtserwerbslose behalten ihre Unterstützung.

K. P. Unter dem Eindruck der Weimarer Erwerbslosenproteste am 15. Juli wurde am gleichen Tage im thüringischen Landtage ein Antrag der SP angenommen, nach dem die Unterstützungssätze der Wohlfahrtserwerbslosen in der alten Höhe weitergezahlt werden sollen.

Dieser Antrag beauftragt die thüringische Regierung, die Kreise und Gemeinden anzuweisen, die Kürzungen der Unterstützung zurückzuziehen.

Für den Antrag stimmten außer den Antragstellern, die KP, Staatspartei, NSDAP und DNVP; die Regierungsparteien onthielten sich der Stimme. Die Erwerbslosen hatten Glück, denn der Landtag wurde am selben Tage aufgelöst, die Neuwahlen finden mit der Reichstagswahl zusammen statt. Die Nazis konnten bei diesem Antrag schlecht knüpfen; denn dies wäre ihnen beim Wahlkampf nicht gut bekommen.

Vor dem Schnellschöffengericht wurden die bei den Demonstrationen verhafteten Arbeiter verurteilt; die Strafen hielten sich ausnahmsweise (im Gegensatz zu den Urteilen ähnlicher Fälle) in niedrigen Grenzen.

Kein Lohnabbau in der Schuhindustrie.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am Sonnabend haben ergeben, daß der Lohnstand unverändert verbleibt, rückwirkend vom 1. Juli. Die Ferien werden um 25 Prozent gekürzt. Die Unternehmer hatten einen Lohnabbau von 14 Prozent gefordert und Kürzung der Ferien um 50 Prozent. Dies günstige Verhandlungsergebnis ist auf die an verschiedenen Stellen, vor allem in Schlesien, aufgenommenen Lohnkämpfe zurückzuführen.

Leo und Willi Sklarek haben die Revisionsanträge gegen die gegen sie ergangenen Zuchthausurteile zurückgenommen. Willi ist bereits im Zuchthaus in Luckau, Leo wird in den nächsten Tagen hinkommen.

Wie die SPD Mitglieder fängt.

E. K. Hamburg, 17. Juli.

In den Betrieben der GEG wurden in letzter Zeit vom Angestelltenrat folgende Kartothek-Karten herumgegeben:

Sozialdemokratische Partei,
Landesorganisation Hamburg.

Betrieb:

Name:

Beruf:

Wohnung:

Mitglied der Partei seit:

Mitglied welcher Gewerkschaft:

Mitglied der Gewerkschaft seit:

Liest „Echo“? „Anzeiger“? „Fremdenblatt“? Sonstiges?

Parteifunktionen:

In einem Rundschreiben hieß es, daß alle Kollegen die Karten ausfüllen sollten; wo sich jemand weigere, solle es ein anderer Kollege machen.

Eine Arbeiterin erzählte, daß der Vorarbeiter zu ihrer Gruppe gekommen wäre und gesagt hätte: „Hier habt ihr einen Zettel, den müßt ihr ausfüllen und in die SPD einwerfen; wenn ihr das nicht tut, dann hat das Folgen.“ Aus Angst, die Arbeitsstelle zu verlieren, sind dann alle Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Betriebes in die SPD eingetreten.

Die Wenigen, die sich in den GEG-Betrieben weigerten, die Kartothek-Karten auszufüllen, wurden von den Vertrauensmännern der SPD aufgefordert, das Verbandsbuch abzugeben, damit sie die Fragen beantworten könnten. Zu einer Angestellten, die die Karte nicht ausgefüllt hatte, kam der Angestelltenrat und erklärte, daß er jetzt als Parteimann zu ihr spräche. Er fände es sehr sonderbar, daß die Angestellte in keiner Partei sei; er würde das der Zentrale melden, und die weiteren Folgen würde die Kollegin dann schon spüren.

Welch ein Geist muß in einer Partei herrschen, die mit so unanständigen Methoden Mitglieder zu „werben“ versucht!

Berichtigung.

Im „Funken“ Nr. 162 haben wir unter der Überschrift „Die Anfänge einer Lehrer-Organisation“ erwähnt, daß der Lehrer Köhler 1927 gestorben sei. Diese Angabe beruht auf einem Druckfehler: Köhler ist bereits 1924 gestorben, und zwar an den Folgen eines faschistischen Ueberfalls.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG

7. HEFT

JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

*

MINNA SPOHRT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

Naturreiner, echter Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Gerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme
!!! Tadelloser Sitz !!!

Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barossastraße 8.
Telefon: 25 33 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Ab 15. Juli:

G. W. Pabst:
Kameradschaft
mit Ernst Busch, Alexander Granach, Fritz Kampers.
„Im Schatten der Maschinen“.
Fox tönende Wochenschau.

Freunde und Leser des „Funken“! Unterstützt Eure Zeitung! Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einzelkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen



Berlin SO 36, Elisabethufer 29-39
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Das Flasko der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.

Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir soeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

VON LEONARD NELSON.

Dritte Auflage, 176 Seiten.
Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbesahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto: Berlin 818 42.

Der Bürgerkrieg. Das Kesseltreiben gegen die Eiserne Front beginnt.

Bei dem beschränkten Platz, der uns zur Verfügung steht, ist es nicht möglich, über alles das, was von der SA seit Sonntag angerichtet wurde, im einzelnen zu berichten. Die blutigen Zusammenstöße mit der SA häufen sich im ganzen Reich in ungeheurem Maße.

Neue Tote: ein Kommunist in Teschendorf bei Oranienburg und ein SA-Mann in Groß-Rosen (Schlesien).

Der Mord an dem kommunistischen Genossen Sterley in Teschendorf fand bereits am Freitag statt, wird aber erst jetzt bekannt. Sterley war allein zu Rad unterwegs und wurde von Nazis überfallen.

Der andere Tote (den die SA zurückließ), ist der Erfolg eines Zusammenstoßes zwischen SA und Eiserner Front.

Ueberhaupt mehren sich in der Rechtspresse die Ueberschriften: „Reichsbanner überfällt . . .“ oder „Eiserne Front überfällt . . .“ Eine Warnung an die Genossen von der Eisernen Front! Es zeigt nämlich, daß das Kesseltreiben, das jetzt gegen die KPD verstärkt inszeniert wird, sich auch gegen die Eiserne Front richten wird. Und so sicher wir sind, daß kein SA-Mann auf Grund des Spruches eines deutschen Zivilgerichts an die Wand gestellt werden wird, wenn die Reichsregierung ihre Drohung wahr machen sollte, so wenig sind wir sicher, daß nicht neben vielen Kommunisten auch SP-Leute dieses Schicksal teilen würden.

Die Taktik des Nachgebens und des Abstandnehmens von den Kommunisten ist seitens der Eisernen Front der Anfang vom Selbstmord.

Ein deutliches Wort.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bringt einen Bericht aus Launenburg an der Elbe, wo Paul Löbe auf einem Bezirksjugendtag der SAJ über das Thema: „Freiherren oder Freiheit?“ folgendes gesagt haben soll:

Gegen die Errichtung eines faschistischen Staates würden sich die Sozialdemokraten, „Reichsbanner“ und Gewerkschaften mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Einem solchen Staat werde in jedem Eisenbahnzug, in jedem Gaswerk, in jedem Wasser- und Elektrizitätswerk und in jeder Fabrik ein unerbittlicher Gegner erwachsen!

Es müsse schon heute ganz offen ausgesprochen werden, daß die Arbeitskraft der deutschen Arbeiterschaft einem faschistischen Staat keinen Tag zur Verfügung stehen wird.

Die „Eiserne Front“ würde in einem solchen Fall bis zum letzten Atemzug kämpfen und die Freiheit gegen die Freiherren und Barone bis in den Tod verteidigen!

Wir hoffen, daß die „Berliner Börsen-Zeitung“ Löbe richtig zitiert hat. Jedenfalls ist dies die Sprache, die diesen Leuten in die Knochen fährt — was auch nötig ist.

Im „Vorwärts“ haben wir einen Bericht über diese Rede nicht gefunden. Soverings Rede in Kiel, die einige Gemeinplätze über ferne Ziele enthielt, hätte gut rausbleiben können. Aber Löbes Ansicht ist für Stampfer wohl zu links!

Die Kommunistenverfolgung.

Drei Kommunisten in Frankfurt (Oder) wurden von dem Schnellrichter wegen schweren Aufruhrs zu sechs, neun und zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Sie waren angeklagt, einen Schupobeamten überfallen zu haben.

Das Schnellgericht in Fürstenwalde verurteilte zwei Kommunisten zu neun Monaten Gefängnis, zwei andere zu sechs Monaten Gefängnis, andere zu Gefängnisstrafen von einem bis zu vier Monaten Gefängnis. Es handelt sich um die Zusammenstöße mit NS, die am Sonntag in Ketschendorf stattfanden, und bei denen Reichswehr zur Absperrung eines kommunistischen Verkehrslokals zugezogen wurde.

Das Drängen nach der Einheitsfront.

F.J. Vorige Woche hat in Weiffenfels eine Demonstration stattgefunden, wie sie von der Weiffenfelser Arbeiterschaft in den letzten Jahren noch nicht gezeigt worden ist. Die KPD hatte die Vertreter der SPD, sowie vor einigen Tagen die Vertreter der in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen zu Besprechungen eingeladen. Dabei ist folgendes beschlossen worden:

1. Die gegenseitige Beschimpfung der Führer der SPD und KPD in Weiffenfels hat aufzuhören.

2. Es wird eine gemeinsame Demonstration am Donnerstag, dem 14. Juli, veranstaltet.

Obwohl es an diesem Demonstrationstage regnete, hatten sich zur Kundgebung auf dem Beuditzschulplatz sehr viele Menschen eingefunden. Es sprachen ein Vertreter der KP sowie ein Vertreter der SP. Beide betonten die Notwendigkeit des Zusammenstehens und des gemeinsamen Handelns. Der Zug wurde überall freudig begrüßt. In einigen Straßen hatten die Arbeiter sogar geflaggt.

Es mögen etwa 2500 Demonstranten gewesen sein. Trotz des Regens war die Stimmung freudig.

In Naumburg war vorige Woche eine ähnliche Demonstration, ebenfalls unter starker Beteiligung. Auch in anderen Orten, so Hohenmölsen, Theisen u. s. w. finden in diesen Tagen gemeinsame Demonstrationen statt. Nur in Zeitz sind nach dem Bericht des „Volksboten“ die Verhandlungen gescheitert, angeblich weil die KP nicht auf den Bruderkampf verzichten wollte.

Wir lassen uns nicht Irremachen!

P.M. In Köln hatten sich zur Beerdigung eines von der SA ermordeten Jungarbeiters neben den Kommunisten auch „Reichsbannerleute“ und SP-Genossen eingefunden. Man sah an dem Trauerzug, hier weiß man, daß es jetzt um die Einheit der Arbeiterschaft geht. Nur der Redner der KP wußte es nicht. Schon nach den ersten Sätzen ging die Schimpferei über

Die Verlegenheitslösung der Papen-Regierung

Die neue Verordnung über das Demonstrationsverbot

lautet:

Auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 839) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

(1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

(2) Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 839) Anwendung.

§ 2.

(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Juli 1932.
Der Reichsminister des Innern.
gez.: Freiherr von Gayl.

Zum Demonstrationsverbot teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit, daß damit alle erteilten Genehmigungen für solcher Versammlungen und Aufzüge hinfällig werden. Ersatzversammlungen für solche Veranstaltungen können für den 19.

und 20. Juli nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldefrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldefrist.

Bayern begrüßt die Vernunft der Reichs- regierung.

München, 18. Juli.

Die „Bayerische Staatszeitung“ begrüßt das neue Demonstrationsverbot mit dem Titel: „Endlich!“

Es sei jetzt wenigstens ein Schritt getan, der zu den Verhältnissen der öffentlichen Sicherheit wieder hinzuführen vermöge, wie sie vor der politischen Notverordnung der Reichsregierung in Deutschland bestanden hätten. Es bestehe aller Grund, den verantwortlichen Reichsinnenminister für diese Kehrwendung zu belobigen, und zu verhindern, daß unter dem Druck irgendwelcher Einflußnahmen dieser heilsame Beschluß wieder umgestoßen werde. Es sei bedauerlicher Weise dem Reichskabinet nichts von den düsteren Bildern jener Voraussetzungen erspart geblieben, die die Länder gemacht hätten. Die Länder würden der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß das Reichsinnenministerium den eingeschlagenen Weg der Vernunft nicht wieder verlasse und künftig auch davon absehe, die gutgemeinten Vorstellungen der Länder hintan zu setzen. Es stehe außer Zweifel, daß die Reichsregierung den 18. Juli 1932 zu einem wichtigen Stichtag ihres Schaffens gemacht habe, denn bei der entschiedenen Durchführung des Demonstrationsverbots sei für die Wiederaufrichtung von Ruhe und Ordnung ein Markstein gesetzt. Damit sei auch das Spiel mit dem Gedanken einer Verhängung des Ausnahmezustandes auf militärischer Grundlage im Reich und in den Ländern hoffentlich zu Ende gespielt.

SPD fordert Uniformverbot.

Berlin, 18. Juni.

Im Preußischen Staatsrat hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die preußische Regierung auf die Reichsregierung erneut und mit stärkstem Nachdruck einwirken soll, die Aufhebung des Uniformverbots sofort rückgängig zu machen.

Die entlarvten Nazis / Papens Botendienste zwischen Hitler und Zentrum.

W—er. Das Zentrum ist in seiner Stellung zu den Nationalsozialisten, wie wir hier schon öfter dargelegt haben, sehr uneinheitlich. Das ist bei dem Charakter des Zentrums leicht zu begreifen. Es möchte nicht gern die Finger aus dem Regierungsbetrieb herauslassen; denn es weiß aus Erfahrung zu gut, wieviel sich mit Hilfe der sprichwörtlichen Skrupellosigkeit des Zentrums bei solcher Tätigkeit für die Partei herauszuschinden läßt.

Im Augenblick hält es das Zentrum und offenbar nicht nur aus wahltaktischen Erwägungen heraus für gut, Hitler und Papen zu entlarven. Das geschieht in sehr deutlicher Weise in der folgenden Notiz aus der „Germania“:

„Zum Mittwoch, dem 3. Juni 1932, lud Reichskanzler von Papen Vertreter der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages ein, um mit ihnen über eine baldige Regierungsbildung in Preußen zu sprechen. Von der Zentrumsfraktion erschienen mit dem Minister Hirtsofer der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steger und der Geschäftsführer Dr. Graß. Der hier zum ersten Male in der Öffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung wurde sofort nach der Sitzung von den Vertretern des Zentrums in einem Protokoll festgehalten. Nach dieser Niederschrift legte der Reichskanzler den Herren dar, daß er über die künftige preussische Regierung mit Beauftragten Adolf Hitlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschen Nationalen über eine

Regierungsbildung in Preußen zu verhandeln. Der Reichskanzler trug dann die nachstehenden Forderungen aus einem Schriftstück vor, das er während der Unterredung in Händen hielt. Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts das Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen.

2. Die Zentrumsfraktion hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinet von Papen einzustellen.

Diese Bedingungen, so teilte Herr von Papen mit, würden die Nationalsozialisten dem Zentrum und ebenso den Deutschen Nationalen in einem Brief unterbreiten.

In diesem Aufsatz erübrigt es sich, im einzelnen darzulegen, was die Zentrumsvertreter dem Kanzler erwiderten. Von größter Bedeutung ist es aber für die angestrebte Beweisführung, daß Herr von Papen herausstellte, er sei es keineswegs gewesen, der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die Bedingungen zu stellen, die Zentrumsfraktion solle ihre unsinnige Opposition gegen sein Kabinet einstellen. Vielmehr habe er ausdrücklich gewünscht, diese Forderung möge wegfallen.

Die Nationalsozialisten seien auf diese Bedingung aber geradezu ‚vergessen‘ gewesen.“

Es wäre gut gewesen, wenn Herr Hirtsofer diese interessante Erzählung etwas früher publiziert hätte. Sie bringt zwar an Behauptungen nichts Neues; aber der Beweis für diese Behauptung ist bisher doch noch nie so klar geliefert worden. Daß das Zentrum jetzt so energisch gegen die Nazis vorgeht, liegt, wie die weiteren Worte der „Germania“ zeigen, daran, daß es glaubt, in der NSDAP eine gewisse Uneinigkeit zu sehen, die es durch die jetzt eingeschlagene Taktik fördern will, damit es so seinen alten Traditionen treu bleibt, andere Parteien durch seine Freundschaft zu ihnen zu ruinieren. Man kann auf das Zentrum die Variation eines bekannten Satzes anwenden: Wer vom Zentrum ist, stirbt daran. Wenn das der NSDAP geschieht, so soll uns das sehr freuen; aber um so mehr sollten sich Arbeiterparteien diesen zweifelhaften Bundesgenossen für die Zukunft merken.

Wahrscheinlich wird nun die dementierfreudige „Lügenabwehrstelle“ der NSDAP in Tätigkeit treten. Allordings haben auch diese Herren damit zu rechnen, diesmal einen gewiegten Gegner vor sich zu haben; denn die Zentrumsfraktion hat erstens gleich drei Mann zu Papen geschickt, und diese haben sofort nach der Sitzung die Unterhaltung protokollarisch festgelegt. Die Schreierrolen der NSDAP: „Brüning, Papen alle gleich; Rettung bringt das Dritte Reich!“ und überhaupt der ganze „Kampf“ der Nazis gegen Papen ist damit als Schwindel gebrandmarkt.

Sie sind die Hausdiener der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, weiter nichts!

Nur gegen einen der Mörder Haftbefehl!

Gegen den Nazi Paul Herrmann, Kaufmann in Siemensstadt, ist Haftbefehl erlassen worden, weil er bei dem nationalsozialistischen Ueberfall auf die Kommunisten in der Nacht zum Donnerstag geschossen hat. Die übrigen festgenommenen Nazis wurden wieder auf freien Fuß gesetzt.

Es ist aber nach den vorliegenden Berichten ausgeschlossen, daß nur dieser eine geschossen hat. In einem Augenzeugenbericht heißt es z. B.:

„Am Verwaltungsgebäude hörten wir, wie in den Gebäuden die Nazis ihre Pistolen entschloßen. . . . Kurz hintereinander krachten 15 Schüsse. . . . Um uns krachten die Schüsse. Ueberall brachen Kameraden zusammen. . . . Unter den Bluthunden haben wir den Nazibetriebsrat vom Kabelwerk, Kirsch, gesehen. Einzelne Genossen haben beobachtet, daß er zwei Pistolen in den Händen hatte.“

Preistreibereien bei Treibstoffen.

Millionengeschenke an die Industriellen aus den Taschen der Konsumenten.

Kurz nach Bekanntgabe der berüchtigten Papenschen Notverordnung, die den Arbeitslosen und Kleinrentnern ihre Hungerrenten auf ein unerträgliches Maß herabsetzte, wurde von derselben Regierung auch die sogenannte *Ausgleichsabgabe* der deutschen Treibstoffindustrie stark herabgesetzt; diese Unternehmen gewinnen so neue Millionen auf Kosten der Verbraucher von Treibstoffen. Wir wollen in diesen Subventionsherd heute näher hineinleuchten.

Benzin, Benzol, Spiritus.

Die hauptsächlich in Frage kommenden Treibstoffe sind heute Benzin und Benzol.

Benzin wird aus Petroleum gewonnen und neuerdings auch künstlich auf synthetischem Wege von den Leunawerken hergestellt. Die Rohstoffe stammen, soweit sie deutscher Herkunft sind, aus den thüringischen (Volkenrodaer) und hannoverschen Oelvorkommen.

Benzol ist in erster Linie ein Nebenprodukt der Koks-erzeugung. Nun lagern im Ruhrbergbau zur Zeit etwa 6 Millionen Tonnen Koks, das ist beim augenblicklichen Stand der Produktion die Erzeugung von 5 Monaten. Dieser Koks kann zunächst nicht abgesetzt werden, während andererseits der deutsche Benzolmarkt sehr wohl noch mehr deutsches Benzol aufnehmen könnte. Aber wegen des Nebenproduktencharakters des Benzols und der Nichtabsatzbarkeit des gleichzeitig erzeugten Kokes könnte die Benzolerzeugung nur unter Erhöhung der Gestehungskosten vermehrt werden. Umgekehrt könnten die Gestehungskosten für Koks gesenkt werden, wenn es gelänge, den Preis für das Nebenprodukt Benzol zu halten oder gar zu erhöhen. Das ist jedoch nur möglich durch Eingriff in die freie Preisbildung mit Unterstützung des Staates.

Schließlich kommt noch Spiritus als Treibstoff in Frage. Mit ihm hat es folgende Bewandnis. In Deutschland gibt es nicht nur eine Benzol- und Benzingroßindustrie, sondern auch eine „Reichs-Spritmonopol-Verwaltung“. Sie will ihren Spiritus, der hauptsächlich von den Großagrariern des Ostens stammt, an den Mann bringen. Um das zu erleichtern, wurde im September 1930 ein Spiritus-Beimischungszwang verordnet, und der im Jahre 1929 1,5 Prozent ausmachende Anteil des Spiritus an der Gesamtmenge des Treibstoffverbrauches in Deutschland stieg auf 7,7 Prozent im ersten Halbjahr 1932, während der Benzolanteil in der gleichen Zeit von 32 auf 23 Prozent fiel. (Vergleiche die folgende Tabelle.) Der Beimischungszwang führt zu einer *Verteuerung des Gemisches* zum Nachteil der Treibstoffverbraucher.

Entwicklung des deutschen Treibstoffmarktes.

In 1000 Tonnen	1929	1930	1931	1932 I. Halbjahr
Deutsches Benzin	80	100	120	80
Einfuhr-Benzol	935	1000	970	370
zusammen	1015	1190	1190	450
in Prozenten des deutschen Treibstoffverbrauches	67	72	73	69
Deutsches Benzol	343	300	250	104
Einfuhr-Benzol	140	140	100	46
zusammen	483	440	350	150
in Prozenten des deutschen Treibstoffverbrauches	32	27	23	23
Spiritus	22	20	50	50
in Prozenten des deutschen Treibstoffverbrauches	1,45	1,21	3,33	7,69

Die Zahlenangaben beruhen auf *Schätzungen* aus Fachkreisen, wiedergegeben in der „Frankfurter Zeitung“. Eine amtliche Statistik gibt es nicht.

Die Benzoleinfuhr nach Deutschland entwickelte sich folgendermaßen:

Benzoleinfuhr nach Deutschland in 1000 Tonnen.

aus	1931	1932 I. Halbj.	aus	1931	1932 I. Halbj.
USA	54,5	15,8	Holland	13,2	4,8
Saargebiet	25,2	12,1	Belgien	10,1	5,3
Polen	19,7	6,1	Tschechoslow.	7,9	1,4

Die Benzol-Ausfuhr aus Deutschland ist völlig bedeutungslos, sie betrug im Jahre 1930 insgesamt nur 2000 Tonnen.

Die USA stehen an erster Stelle der gesamten Benzolerzeugung auf der Erde und auch der Benzoleinfuhr nach Deutschland. 1929 wurden 111 000 Tonnen, das sind rund 20 Prozent der amerikanischen Erzeugung, ausgeführt, davon die Hälfte nach Deutschland. 1930 betrug die amerikanische Benzolausfuhr rund 80 Prozent, 1931 nur noch 17 Prozent der Erzeugung, davon gingen rund 76 Prozent nach Deutschland.

Nächst Deutschland ist England der größte europäische Benzolerzeuger. England führt aber nur sehr wenig aus. 1929 gingen rund 8 Prozent der englischen Erzeugung (10 000 Tonnen) ins Ausland, davon ein Drittel nach Deutschland. 1931 sank der englische Export von Benzol auf unter 2 Prozent der Produktion.

Kartellierungsbestrebungen in der Treibstoffindustrie.

Ein *internationales* Kartell gibt es noch nicht. Dagegen ist der deutsche Markt durch den *Benzolverband* und die von diesem getroffenen Abmachungen mit der ostdeutschen Benzolvereinigung und den großen ausländischen Importeuren weitgehend kartelliert. Das ist auch international von Bedeutung, da der deutsche Verbrauch und die deutsche Erzeugung verhältnismäßig beträchtlich sind. Deutschland nimmt an der Gesamtproduktion von Benzol mit rund 25 Prozent teil, am Gesamtverbrauch sogar mit rund 40 Prozent. Größere Veränderungen auf dem deutschen Benzolmarkt müssen sich daher auch international auswirken.

1926 baute der Benzolverband sein eigenes Zapfstellenetz aus, durch das schätzungsweise ein Drittel seines Gesamtumsatzes verkauft wird. Ferner hat der Verband mit vier von den heute noch in der *deutschen Benzinkonvention* zusammengeschlossenen sieben Firmen *Lieferungsverträge* abgeschlossen. Es sind dies folgende Firmen: Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft (Standard Oil), Rhenania Ossag (Shell), Olex (Anglo-Persian), Deutsche Gasolin-Gesellschaft (I. G. Farben, Shell, Standard Oil).

Der Benzol-Import nach Deutschland geht zwar nicht ausschließlich über die Vertragsfirmen des Benzolverbandes, aber wahrscheinlich doch zum größten Teile.

Zum geringeren Teile beteiligen sich auch Zechenaufenseiter und deren Werkshandelsfirmen am Benzol-Import. Die Eigen-Erzeugung dieser Zechenaufenseiter macht schätzungsweise 20 Prozent der deutschen Gesamterzeugung aus. Die wichtigsten derartigen Aufenseiterfirmen sind die Gutehoffnungshütte, Klöckner, Ewald, Auguste-Viktoria (I. G. Farben), Concordia Bergbau A.-G., Deutsche Erdöl A.-G. (Graf Bismarck), Mont Cenis und die Zechen der Wendel-Gruppe. Diese Firmen beliefern in der Mehrzahl nur Großabnehmer im sogenannten „Kesselwagengeschäft“. Dazu kommen schließlich noch deutsche Gasanstalten, deren Benzol jedoch nicht in allen Fällen vollwertig ist.

Die Treibstoffzölle.

Der deutsche Benzolverband war von ausschlaggebender Bedeutung für die Zollpolitik des deutschen Staates auf dem Gebiete der Treibstoffe.

Das Interesse der Großindustrie an Benzolzöllen hat sich allerdings im Laufe der vergangenen Jahrzehnte wesentlich geändert. Als im Jahre 1906 der Benzinzoll eingeführt wurde, blieb das Benzol auf ausdrücklichen Wunsch der chemischen Großindustrie und des chemischen Gewerbes (der chemischen Wäschereien) zollfrei. Damals entfielen nämlich noch 78,5 Prozent des deutschen Benzolverbrauchs auf die Anilin- und Farbenfabrikation, und nur 11,5 Prozent auf Motoren- und Kleingewerbe (chemische Wäschereien). Heute gehen etwa 90 Prozent der Benzolerzeugung auf den Treibstoffmarkt, werden also in Explosionsmotoren verwandt. Auch hier war der Krieg der Auslöser einer Umstellung. Während des Krieges wurde Benzol in größerem Umfange als Treibstoff benutzt, außerdem spielte Benzol und sein chemischer Verwandter, das Toluol in der Sprengstoffindustrie eine große Rolle.

Deutschland ist auch in den Treibstoffzöllen „führend“, das heißt es steht an erster Stelle.

Die Entwicklung der deutschen Benzolzölle und abgaben zeigt folgende Aufstellung:

eingeführt oder erhöht ab:	Mark für 100 Kilo
29. 5. 1931	Zollentz
29. 5. 1931	20 Prozent Tarazuschlag
27. 4. 1932	Spritbelastung
1. 4. 1932	Umsatzausgleichsteuer
zusammen	23,30

Beim Benzin liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Im April 1930 wurde der Benzinzoll von 6 auf 10 Mark je 100 Kilo erhöht. Im Mai 1931 wurde er zugleich mit dem Benzolzoll auf 17 Mark erhöht, durch einen 20prozentigen Tarazuschlag erhöhte sich dieser Satz auf 20,40 Mark. Der Zoll beträgt das Dreifache des Weltmarktpreises!

Zur Begründung für diese Zölle wurde angegeben, es handle sich nur um eine „finanzpolitische Maßnahme“. Zum Beweis dafür wurde von der zollgeschützten Industrie eine sogenannte *Ausgleichsabgabe* von 3,80 Mark je 100 Kilogramm erhoben.

Schon bald nach Einführung dieser Abgabe wurde der I. G. Farbenindustrie still und heimlich ein „Sonderrabatt“ eingeräumt.

Und erst neuerdings, nachdem die nicht beteiligten Firmen gegen die Bevorzugung einer einzelnen Firma protestiert hatten, wurde diese Ausgleichsabgabe ganz allgemein von 3,80 Mark auf 10 Pfennig je 100 Kilogramm herabgesetzt. Dieser Betrag

ist so gering, daß man sagen kann, die Abgabe ist tatsächlich aufgehoben und der Zollschutz kommt den Benzolerzeugern voll zu gute! Die Aufhebung wurde zwar bis 30 September 1932 befristet, doch dürfte diese Befristung, wie die „Frankfurter Zeitung“ treffend bemerkt, „mehr ein Zeichen für den mangelnden Mut der Reichsregierung, sich zu dieser Protektion zu bekennen, als ein Beweis für die baldige Wiedererhöhung der Abgabe“ sein.

Die Preisentwicklung auf dem Treibstoffmarkt.

Die deutschen Benzolpreise sind heute die höchsten auf der ganzen Erde

infolge der Belastung mit 23,30 Mark je 100 Kilogramm, das sind mehr als 50 Prozent der Kleinhandelspreise. Gegenüber dem Vorkriegspreis, der 28 Mark je 100 Kilogramm betrug, hat der Benzolpreis die größte Steigerung von allen Bergbauprodukten erzielt.

Wir geben zur Vergleichung noch zwei Tabellen der „Frankfurter Zeitung“ über Treibstoffpreise im Kleinhandel, einerseits in Deutschland, andererseits in England.

Zapfstellenpreis in Dortmund (Jahresdurchschnitt), Mark je 100 Liter.

	Benzin	Gemisch	Benzol
1927	30,00	32,90	39,33
1928	31,40	34,60	39,81
1929	33,02	38,00	43,52
1930	35,23	39,98	45,18
1931	32,65	36,70	43,10
1932 I. Halbjahr	32,62	36,62	42,62

Londoner Kleinverkaufspreis (Jahresdurchschnitt), Mark je 100 Liter.

	Benzin Nr. 3	N. B. Gemisch	N. B. Benzol
1930	29,84	33,58	43,86
1931	23,87	27,36	36,97
1932 I. Vierteljahr	19,53	22,22	29,63

Während also in England von 1930 bis 1932 die Treibstoffpreise wesentlich sanken, blieben sie in Deutschland fast unverändert!

Millionengewinne infolge Aufhebung der „Ausgleichsabgabe“.

Zum Schluß noch eine Aufstellung darüber, was die Aufhebung der Ausgleichsabgabe für die Benzolindustrie ausmacht. Die Abgabe betrug zunächst 3,80 Mark und wurde auf 10 Pfennig je 100 Kilogramm herabgesetzt. Bei einer deutschen Benzolproduktion von rund 480 000 Tonnen im Jahre verliert der deutsche Staat 18 Millionen Mark, die restlos der Treibstoffindustrie zu gute kommen, da diese ja ihre Preise nicht herabzusetzen braucht. Im einzelnen sind folgende Firmen an dem Millionengeschenk beteiligt:

1. die I. G. Farbenindustrie. Jahresproduktion 120 000 Tonnen. Ersparnis fast 4 1/2 Millionen Mark.
2. Der Benzolverband, durch den die rheinische Schwerindustrie ihr Nebenprodukt Benzol verkauft. Jahresproduktion 260 000 Tonnen. Ersparnis 9,6 Millionen Mark.
3. Die Deurag, an der die Proußag zu einem Drittel, der Wintershall-Konzern zu zwei Dritteln beteiligt ist. Jahresproduktion 60 000 Tonnen. Ersparnis 2,2 Millionen Mark.
4. die Werschen-Weißensefelder Braunkohlenwerke Ignatz Petscheks, die Schwelanlagen Minna-Anna der A. E. G., die Rositzer Braunkohlengruben der Deutschen Erdöl A.-G. und einige kleine Produzenten. Jahresproduktion 40 000 Tonnen. Ersparnis 1,5 Millionen Mark.

R. Höll.

Ein Warnungssignal.

Deckungsbestände der Reichsbank sinken um 53 Millionen.

Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-zuthaben	Gesamt-Geld-umlauf
7. 7. 1931	1422	371	3	225	2555	4110	843	5762
15. 7. 1931	1366	124	77	386	2677	4162	307	5894
7. 6. 1932	848	188	6	129	3031	3889	358	5898
15. 6. 1932	823	136	2	109	2981	3815	380	5779
7. 7. 1932	806	139	2	104	3152	3877	402	5916
15. 7. 1932	754	183	5	146	2982	3796	339	5798

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben in der Berichtswoche um 53 Millionen Mark abgenommen und zwar in der Hauptsache infolge der Teilrückzahlung des Reichskredits an Lee Higginson. Die eigenen Deckungsbestände der Reichsbank betragen nun nur noch 325 Mill. Mark.

Die „eiserne Reserve“ der deutschen Volkswirtschaft zur Leistung dringender Zahlungen ans Ausland ist auf 13 Prozent des Standes vom Frühjahr 1931 zusammengeschmolzen. Die Frage wird immer dringender, wozu dieser kleine Bestand nun noch verwandt werden soll.

Die Rufe nach Ermäßigung des Reichsbankdiskontsatzes, das Verlangen, daß die Reichsbank vor der Ratifizierung des Lausanner Abkommens das Einverständnis der Bank für

Internationale Zahlungen zur Herabsetzung des Diskontsatzes einholt, sind von seiten der Reichsbank bisher zum Glück nicht unterstützt worden.

Eine Senkung des Diskontsatzes wäre, obgleich manchen Unternehmungen die Lage dadurch erleichtert würde, völlig verkehrt. Die Diskontherabsetzung würde solche deutschen Firmen geradezu prämiieren, die verfügbare Auslandskredite nicht in Anspruch nehmen und sich stattdessen an die Reichsbank wenden. Die Rückzahlung von Auslandskrediten, die zur Zeit vermieden werden muß, würde dadurch geradezu gefördert. — Was die innere Wirtschaftspolitik angeht, so würde eine Diskontsenkung vor der notwendigen Bereinigung in Schwerindustrie und Großgrundbesitz in erster Linie den Bankrotteuranwärtern zu gute kommen. Eine Diskontsenkung im heutigen Augenblick wäre darum auch deshalb verkehrt.

Wir dürfen uns also nicht durch das naheliegende Argument täuschen lassen, daß niedrigerer Zinsfuß für viele Unternehmungen niedrigere Selbstkosten und damit die Möglichkeit niedrigerer Preise bedeutet. Bei den Monopolunternehmungen würde diese Möglichkeit doch nicht zur Wirklichkeit. Ja, die Preiserabsetzung würde durch die Diskontherabsetzung geradezu verhindert. Denn auf eine Preiserabsetzung können wir nur nach einer Bereinigung der Wirtschaft durch Bankrotte und bei einer besseren Beschäftigung der dann übrig bleibenden Unternehmungen rechnen.

Rpt.